

Wien, am Donnerstag, den 20. November 1930.

Der Voranschlag der Gemeinde für 1931.

Heute gelangt der Voranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1931 im Sinne der Verfassung an die Gemeinderäte zur Versendung. Im Rahmen einer Pressekonferenz machte Stadtrat Breitner über die wesentlichsten Punkte die folgenden Mitteilungen:

Zunächst ist festzustellen, daß ebenso wie beim Bund auch bei der Gemeinde der Voranschlag auf Grund des geltenden Abgabenteilungsgesetzes aufgestellt worden ist. Alle die phantastischen Pläne, nach den schon vorhergegangenen Kürzungen Wiens nun sich noch vierzig Millionen Schilling oder mehr zu holen, haben selbstverständlich im Voranschlag keinen Ausdruck gefunden. Hingegen sind die Gemeindeabgaben unter der Voraussetzung der Fortdauer der gegenwärtig geltenden Ermäßigungen veranschlagt. Daraus ergibt sich klar, daß jedwede Verkürzung Wiens bei der Abgabenteilung für die Wiener Steuerträger die unerwünschtesten Wirkungen haben würde.

Das Gesamterfordernis für 1931 beträgt S 550,173.000 gegenüber S 536,434.000 im heurigen Jahr. Die Gesamteinnahmen sind mit S 501,829.000 gegenüber S 490,395.000 für das jetzt laufende Verwaltungsjahr veranschlagt. Die Steigerung der Einnahmen- und Ausgabenseite hält sich in einem kleineren Rahmen, als dies in den früheren Jahren der Fall gewesen ist. Zum erheblichen Teil handelt es sich dabei nur um eine Durchführungspost. Den Ausgaben für Bauten nach dem Wohnbauförderungs- und Mietengesetz von S 6,334.000 stehen nämlich die aus diesem Anlaß aufgenommenen Hypotheken von S 5,781.000 als Einnahme gegenüber. Ein anderer Teil der Ausgabensteigerung findet die Erklärung in den normalmäßigen Vorrückungen der Angestellten. Der Abgang von S 48,343.000 wird auf die Kassenbestände und Guthaben verwiesen.

Nicht verarbeitet noch ist im Voranschlag das vor einiger Zeit angekündigte Notstandsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es kann dies erst geschehen, wenn die Voraussetzung der Ausführungen, nämlich die Zubilligung der produktiven Arbeitslosenfürsorge gesichert ist. Es handelt sich dabei um die Erbauung einer Brücke über den Donaukanal in Simmering, um die Teilnahme Wiens am weiteren Ausbau des Liesingtal-Sam-

melkanals und die Verlängerung des an der Nordbahnbrücke befindlichen Gehsteiges über die Donauuferbahn. Der geplanten Erbauung eines Entlastungskanales am linken Donauufer in der Brünnerstraße stehen jedoch Schwierigkeiten entgegen. Das Projekt ist ein sehr kompliziertes, sodaß die beabsichtigte Auswirkung auf den Arbeitsmarkt sich für 1931 nur in einem kaum nennenswerten Ausmaße ergeben könnte. Es ist deshalb beabsichtigt, an Stelle dieser Notstandsarbeit für den gleichen Betrag Bäderbauten zu errichten, was insbesondere der so schwer notleidenden Maschinenindustrie und den Eisenkonstruktionswerkstätten zugute käme. Das bestehende Floridsdorfer Wannens- und Dampfbad in der Kretzgasse soll durch Angliederung einer Schwimmhalle vervollständigt werden. Bei der Augartenbrücke, nächst dem ehemaligen Steinlagerplatz, ist die Erbauung eines Dampf-, Wannens- und Brausebades samt Schwimmhalle geplant, das den Bedürfnissen des I. II. IX. und XX. Bezirkes dienen würde. Betont sei, daß der Betrieb der Bäder aktiv ist.

Diese Notstandsarbeiten sollen ohne Beeinträchtigung des sonstigen Investitionsprogrammes der Gemeinde als zusätzliche Leistungen vollzogen werden. Die in einem Sonderausweis zusammengefassten wertvermehrenden Herstellungen und Inventaranschaffungen betragen S 123,753.000. Für 1930 waren S 122,278.000 veranschlagt. Nimmt man dazu noch jene S 17,395.000, die für Straßenerhaltung und Straßenbau, jene 2,900.000 S, die für die Instandhaltung und den Umbau von Kanälen und jene rund 8,900.000 S hinzu, die als Gebäudeerhaltung vorgesehen sind, so kommt man zu einer Riesensumme befruchtender Arbeit, die noch durch die Millionenaufträge der städtischen Unternehmungen ihre wertvolle Ergänzung erfährt.

Die Gemeinde- und Landesabgaben und Zuschläge zu den Bundesgebühren sind mit dem folgenden Einnahmen veranschlagt:

Grundsteuer	480.000 S	(1930: 480.000 S)
Wohnbausteuer , , ,	35,800.000 "	" 36,000.000 "
Bodenwertabgabe vom verbauten Grunde . .	2,000.000 "	" 1,500.000 "
Bodenwertabgabe vom unverbauten Grunde .	1,200.000 "	" 600.000 "
Fürsorgeabgabe	78,000.000 "	" 79.000.000 "
Lustbarkeitsabgabe	16,000.000 "	" 14,500.000 "
Nahrungs- oder Genußmittelabgabe , , . .	3,650.000 "	" 13,000.000 "
Fremdenzimmerabgabe	3,800.000 "	" 4,800.000 "
Wertzuwachsabgabe	8,000.000 "	" 7,000.000 "
Ankündigungsabgabe	900.000 "	" 700.000 "
Anzeigenabgabe	4,150.000 "	" 3,400.000 "
Hauspersonalabgabe	1,830.000 "	" 2,100.000 "
Kraftwagenabgabe	4,500.000 "	" 3,300.000 "
Pferdeabgabe	45.000 "	" 50.000 "
Hundeabgabe	900.000 "	" 950.000 "
Feuerversicherungsabgabe	3,600.000 "	" 3,600.000 "
Feilbietungsabgabe	300.000 "	" 400.000 "
Konzessionsabgabe	500.000 "	" 500.000 "
Verwaltungsabgaben	1,000.000 "	" 800.000 "
Wasserkraftabgabe	4,900.000 "	" 4,000.000 "
Biersteuer (6 S vom hl)	10,311.000 "	" 10,260.000 "
Biersteuer (3'80 S vom hl) an die anderen Bundesländer und Gemeinden abzuführen	6,532.000 "	" 6,500.000 "
Zuschläge zu den Immobiliargebühren . .	3,675.000 "	" 2,548.000 "
Zuschläge zu den Totalisateurgebühren .	350.000 "	" 600.000 "

Die Gesamtsumme^{für 1931} macht 192,424.000 S aus. Für das laufende Verwaltungsjahr sind 196,588.000 S präliminiert. Der tatsächliche Ertrag im Jahre 1929 war S 210,517.000. Es wird also demgegenüber mit einer Mindereinnahme von über 18 Millionen Schilling gerechnet. Am auffälligsten ist der Unterschied bei der Nahrungs- oder Genußmittelabgabe. Sie brachte im Jahre 1929 noch 17,091.000 S. Die bekannte Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes reißt in den Einnahmen der Gemeinde eine große Lücke. Die wachsende Arbeitslosigkeit kommt bei der Fürsorgeabgabe fühlbar zum Ausdruck.

Nach den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen wurden die Ertragsanteile mit S 137,703.000 eingesetzt. Das tatsächliche Ergebnis des Jahres 1929 waren S 136,341.000.

Der Personalaufwand erfordert S 200,539.000 (1930: S 196,500.000) Die Gesamtzahl der aktiven Angestellten und Lehrer beträgt 25.871, die der Pensionsparteien 10.371.

Die Nettoausgabe für das Wohlfahrtswesen macht S 102,976.000 aus und

geht also weit über den Ertrag der Fürsorgeabgabe von 78,000.000 S hinaus. Besonders hervorzuheben ist der neue Tuberkulosepavillon im Krankenhaus Lainz mit 320 Betten, der wohl als die modernste Anlage dieser Art bezeichnet werden kann. Die Eröffnung soll im nächsten Monat erfolgen. Im Versorgungsheim Lainz wird der Pavillon 8 mit einem Belagraum für 400 Personen in Betrieb gesetzt. Er ist für die Aufnahme von Geistessiechen bestimmt. Geplant ist ferner die Errichtung einer neuen Wärmestube. In der Leopoldstadt kommt eine Mutterberatungsstelle in Bau. In Wohnhausanlagen werden zwei neue Kindergärten untergebracht. Im III. Bezirk soll eine Tuberkulosefürsorgestelle geschaffen werden, deren Betrieb das Rote Kreuz führen wird. Drei neue Schulzahnkliniken im VIII., X. und XVII. Bezirk ergänzen das vorhandene Netz. Auf dem Engelsplatz im XX. Bezirk wird eine Arbeitsvermittlungsstelle erbaut werden. Die Kleinrentnerhilfe erfordert S 3,900.000 und schließt diesmal die beiden Gebarungsjahre 1930 und 1931 in sich. Unter Gesundheitsfürsorge fällt auch die Förderung von Sport und Körperkultur. Hier ergibt sich aber auch ein sehr starker Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr, der für Wien von so außerordentlicher Bedeutung ist. Das neue Stadion, das im kommenden Jahr zur Eröffnung gelangen wird und im Voranschlag mit Schilling 3,100.000 erscheint, ist berufen, bei dem allgemeinen Zug zum Sport Wien eine wesentlich erhöhte Anziehungskraft zu verleihen. Bei diesem Anlasse sei übrigens bemerkt, daß die Aufwendungen zur Hebung des Fremdenverkehrs S 1,660.000 (1930: S 1,500.000) betragen.

Für Wohnhaus- und Siedlungsbauten sind so wie heuer S 90,250.000 eingesetzt. Dazu treten noch S 6,334.000 als Ausgaben für die bereits genehmigten Bauten nach dem Wohnbauförderungs- und Mietengesetz. Die städtische Wohnhäuserverwaltung teilt mit, daß unter Berücksichtigung der bis Jahresende noch fertigwerdenden Wohnhausanlagen in sämtlichen im Eigentum, beziehungsweise in der Verwaltung der Gemeinde und deren Unternehmungen und Anstalten stehenden Gebäuden sich 56.926 Wohnungen und 3.373 Geschäfte befinden.

Aus der Gruppe für technische Angelegenheiten sei erwähnt die Herstellung neuer Gartenanlagen II. Steinlagerplatz als Fortsetzung der bereits bestehenden, IX. Zimmermannplatz, XIII. Bogenstraße (Siedlung Lockerwiese), XVI. Bebelplatz, XIX. In der Krim. Die Volksbäder und Sommerbäder erfahren vielfache Ausgestaltungen und Verbesserungen. Neu errichtet werden Kinderfreibäder III. Kardinal Naglplatz und IX. Schlickplatz. Damit erhöht sich die Zahl der Kinderfreibäder auf 24, womit im Großen und Ganzen die derzeitigen Bedürfnisse auf diesem Gebiete befriedigt werden können. Für Straßenerhaltung und Straßenbau werden S 17,395.000 (1930: S 16,989.000) verausgabt werden. Die Elektrifizierung der Straßenbeleuchtung findet ihre planmäßige Fortsetzung. Der VII. und VIII. Bezirk werden ganz fertiggestellt. Im VI. Bezirk bleibt nur der Esterhazypark, im XIV. Bezirk der Freisingerpark und der Meiselmarkt noch offen. Diesmal hat auch der Prater Berücksichtigung gefunden. Sechs öffentliche Uhren werden neu aufgestellt.

In der Gruppe Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten wird das Schulwesen verrechnet. Es erfordert S 78,711.000. Darunter S 500.000 als erste Rate für den Bau einer neuen Schule im XIII. Bezirk nächst der Siedlung Lockerwiese. Für die weitere bauliche Umgestaltung in der Großmarkthalle (Abteilung für Fleisch) sind S 2,000.000 in Aussicht genommen.

Von den allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten verdient die unausgesetzte Ausgestaltung der Feuerwehr besondere Erwähnung. Die Feuerwache Steinhof wird vollendet und eine Feuerwache in der Freudenua begonnen werden. Für Spezialrüstwagen, Löschwagen, Autoschiebleitern etc. sind S 472.000 vorgesehen. Die Wiener Gemeindegewache ist mit genau dem gleichen Betrag wie für 1930 und für den vom Gemeinderat genehmigten Stand von tausend Mann, der aber bisher noch nie erreicht worden ist, veranschlagt. In diese Gruppe fällt auch die Kunstförderung, für die insgesamt S 668.000 zur Aufwendung gelangen.

Die städtischen Unternehmungen legen ihren Voranschlag gesondert vor. Im Budget der Gemeinde erscheint lediglich das Brauhaus mit einer Abfuhr von S 800.000 und die städtische Ankündigungsunternehmung mit einer solchen von S 116.000, wie dies auch für 1930 der Fall gewesen ist.

Zusammengefasst sei folgendes gesagt: Für das Wohlfahrtswesen ist der Nettoaufwand S 102,976.000. Für die Schaffung von Wohnungen werden 96,000.000 S ausgegeben werden. Das Schulwesen erfordert 78,711.000 S. Der weitaus größte Teil aller Ausgaben dient also der Erfüllung dieser drei wichtigsten Pflichten des Gemeinwesens.